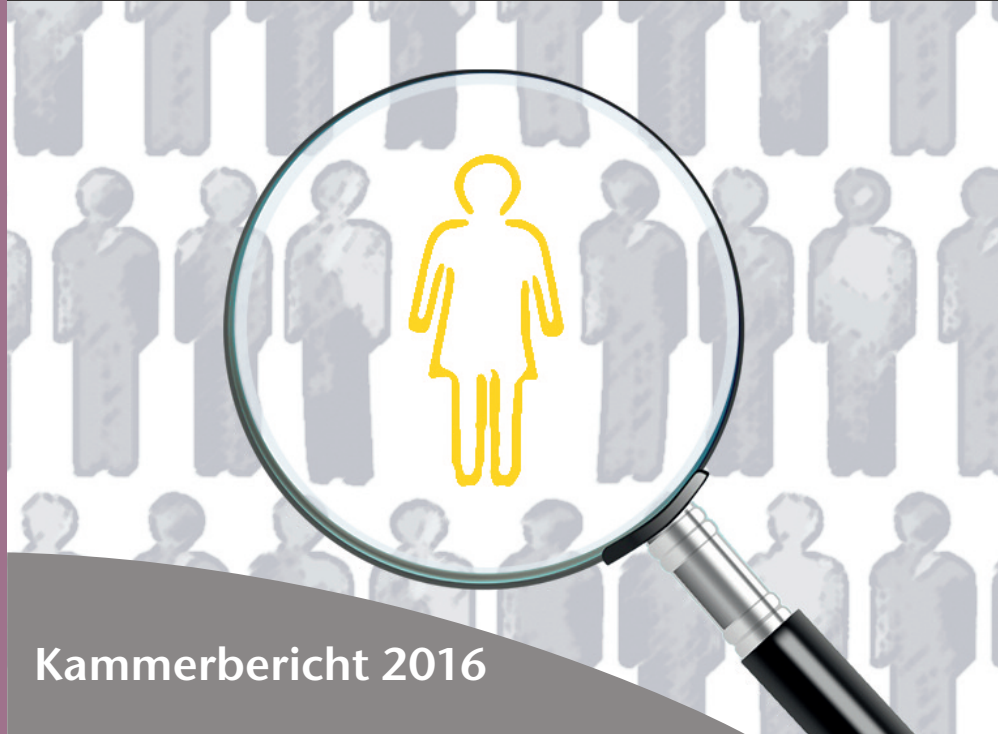


bffk

Bundesverband für freie Kammern e.V.



Kammerbericht 2016

Frauen wirklich gesucht?

Der Bundesverband für freie Kammern e.V. (bffb)

Demokratisch verfasste, sich auf ihre Kernaufgaben konzentrierende Kammern sind das Ziel des bffb. Gegründet als "IHK-Verweigerer e.V." setzt sich der Bundesverband für freie Kammern e.V. seit 1996 für die Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft ein.

Die Kammertätigkeit auf genau bestimmte Aufgaben zu begrenzen und in diesen Körperschaften des öffentlichen Rechts demokratische Wahlen durchzusetzen sind weitere Ziele.

Die Freiwilligkeit der Kammermitgliedschaft betrachten die bffb-Mitglieder als Grundvoraussetzung, um über Jahrzehnte verkrustete Strukturen von Misswirtschaft und Bürokratie zu überwinden und die Kammern wieder zu dem zu machen, was sie sein sollen und können: dienstleistungsorientierte Serviceunternehmen ihrer jeweiligen Berufsrichtungen bzw. in Handwerk, Industrie und Handel.

Die hier vorliegenden Daten und Berechnungen hat der bffb mit größter Sorgfalt zusammengetragen. Dennoch sind Fehler nicht auszuschließen. Für entsprechende Hinweise sind wir dankbar.

Redaktion: Claudia Herbst, Kai Boeddinghaus.

Wir bedanken uns bei FragDenStaat.de (Open Knowledge Foundation Deutschland e.V.) und den Datenschutzbeauftragten von Bund und Ländern.

Kontakt:

Bundesverband für freie Kammern e.V.

Geschäftsstelle: Riedelstr. 32 | 34130 Kassel

Tel. 0561 9 20 55 25 | Fax 0561 7 05 73 96 | bffb@bffb.de | www.bffb.de



Vorwort



Ich bin weder für das Ende der Kammer-Pflichtmitgliedschaft noch für die Abschaffung der IHKn. Das hat auch mit meiner persönlichen Geschichte und meinen Erfahrungen zu tun. Nach 31 Jahren DIHT- und AHK-Arbeit bin ich für effizientere Selbstverwaltung, aber die Forderung nach kritischer Partizipation im Kammerwesen ist in den Vordergrund gerückt.

Während die Kammern ihren Anspruch als Repräsentanten von Industrie und Handel gegenüber Staat und der Öffentlichkeit kultivieren, fehlt ein selbstkritischer Blick auf das eigene Handeln. Die Kammern müssen wieder den Anschluss an die wirtschaftliche und politische Entwicklung finden und sich von Grund auf erneuern. Die Aufdeckung von geheimen oder überhöhten Gehältern in einigen IHKn sind Hinweise auf jahrzehntelange Fehlentwicklungen.

Auch der Dachverband DIHK muss seine gesamten Strukturen überdenken und sicherstellen, dass Wiederholungen von gravierenden Fehlentwicklungen ausgeschlossen werden. Sonst drohen weitere erfolgreiche Klagen, die auch den Austritt lokaler IHKn aus ihrem Dachverband zur Folge haben könnten.

Diverse erfolgreiche Klagen mit Unterstützung des bffk haben Anstöße für Veränderungen in der deutschen Kammerlandschaft geliefert. Auch die Berichte der Rechnungshöfe der Länder haben daran Anteil. Die Rechtsaufsicht der Bundesländer für ihre öffentlich-rechtlichen Organisationen hat weitgehend versagt. Auch deswegen hat der bffk seine Existenzberechtigung. Er wird weiter Gutes für unsere Kammerdemokratie leisten.

Ich wünsche mir, dass die Kammern einen eigenen ehrlichen Reformprozess auf den Weg bringen und dabei den Diskurs auch mit den Kritikern nicht scheuen. Dabei setze ich vor allem auf solche Mitarbeiter, die von einem demokratischeren öffentlich-rechtlichen Kammerwesen überzeugt sind. Reformen bedürfen immer schmerzhafter Veränderung beim Personal und der Überwindung von Zweifeln und Ängsten der Mitarbeiter! Ein langer und schwieriger Prozess, der aber möglich ist! Dies wird zu mehr Transparenz und hoffentlich auch zu weniger Selbstbedienungsmentalität beitragen.

Ein weiterer Anstoß dürfte vom Bundesverfassungsgericht kommen. Das BVerfG sollte aus meiner Sicht die Pflichtmitgliedschaft der öffentlich-rechtlichen berufsständischen Kammern nicht abschaffen, sondern diese auf die eigentlichen hoheitlichen Aufgaben dieser Kammern beschränken.

Dem bffk wünsche ich für seine Arbeit verstärkt öffentliche Anerkennung und ein fröhliches und optimistisches „Weiter-so!“

Florian Schuffner

1981 – 2005 Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Deutsch-Koreanischen Industrie- und Handelskammer (AHK)

1995 – 1998 Sprecher aller Auslandshandelskammern der Region Asien, Australien und Afrika

1998 – 2002 Weltsprecher aller deutschen Auslandskammern



Es ist ein kleines Jubiläum, wenn der Bundesverband für freie Kammern e.V. (bfffk) mit dem diesjährigen Kammerbericht bereits die fünfte Ausgabe einer solchen Zusammenstellung von Daten, Fakten und wichtigen Entwicklungen in den Kammern vorlegt.

Wie wichtig und richtig dieser Impuls für ein Mehr an Transparenz und für Veränderung war, zeigte sich in der Folge dieser Veröffentlichungen.

Es waren die Recherchen des bfffk über die erhebliche und, wie dann auch höchstrichterlich festgestellt, oftmals rechtswidrige Vermögensbildung, die die Grundlage für die erfolgreichen rechtlichen Klärungen u.a. gegen die IHKn in Koblenz, München, Köln und Hamburg geschaffen haben. Die diesbezügliche Grundsatzentscheidung des Bundesverwaltungsgericht gab den Bemühungen, der rechtswidrigen Vermögensbildung entgegenzuwirken, Rückenwind und führte in der Folge zu einer Welle weiterer Gerichtsverfahren (siehe hierzu Seite 7).

Und auch die Kammern reagieren. Erstmals, seitdem der bfffk die Finanzdaten der IHKn veröffentlicht, ist ein realer Vermögensrückgang von rund 200 Millionen Euro zu verzeichnen. Das kann sicher nur ein Anfang sein, unterstreicht aber den Sinn dieser Bemühungen. Denn es ist das Geld der Zwangsmitglieder, das jahrelang sinn- und zweckfrei zu einem stetigen Vermögenszuwachs in den Kammern verwendet wurde.

Im Moment schauen viele Akteure nach Karlsruhe, wo das Bundesverfassungsgericht schon für 2015 eine Entscheidung über die anhängigen Verfassungsbeschwerden angekündigt hatte. Der bfffk hat auch in der Zwischenzeit an weiteren „Baustellen“ im Bereich der Politik aber auch vor Gerichten gearbeitet. So ist der Beschluss des Bundesverwaltungsgerichtes zum rechtlich und formal möglichen Austritt einer IHK aus dem Dachverband DIHK ein ebenso wichtiger Erfolg wie die Urteile des VG Hamburg zur Aufgabenüberschreitung der dortigen Handelskammer, die bei öffentlichen Äußerungen immer wieder die gesetzlichen Beschränkungen missachtet hat. Dass Transparenz allein nicht immer zu positiven Veränderungen führt, bewies ebenfalls die Hamburger Handelskammer. Das veröffentlichte Gehalt des dortigen Hauptgeschäftsführers (rd. 620.000 € p.a.) sorgte bundesweit für Empörung. Dies hat die Handelskammer freilich nicht davon abgehalten, sogar noch einen Zuschlag in Höhe von 25.000 € p.a. zu bewilligen. Der bfffk ist also weiter gefordert.

Mit dem fünften Kammerbericht verstetigt der bfffk den Druck, Transparenz zu schaffen. Dabei ist diese Transparenz nie Selbstzweck, sondern sie dient dem Bemühen, mit dem neuen Wissen und den neuen Erkenntnissen Veränderungen für moderne und attraktive Kammern anzustoßen bzw. zu ermöglichen, deren Grundlage eine freiwillige Mitgliedschaft ist. Im Besonderen gilt dies für das diesjährige Titelthema: der Präsenz von Frauen in den Führungspositionen der Kammern. Auch der bfffk selbst – das soll hier nicht verschwiegen werden – hat hier Nachholbedarf. Dies nicht zu thematisieren und die diesbezüglichen Fakten nicht offen zu legen, was für alle Bereiche von Wirtschaft und Gesellschaft gilt, ist kein wirksamer Reformmotor.

Im Namen von Vorstand und Beirat des bfffk möchte ich allen Mitgliedern, Weggefährten und Unterstützer/innen für ihr Engagement und Durchhaltevermögen über 20 Jahre des gemeinsamen Kampfes für im besten Sinne freie Kammern – frei vom Mitgliedszwang und damit frei legitime, starke, selbstbestimmte Interessenvertreter und wahre Dienstleister ihrer Mitglieder sein zu können – ganz herzlich danken.

Frank Lasinski, Vorsitzender Bundesverband für freie Kammern e.V.

Frauenanteil deutlich erhöhen!

„Die 23. Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen, -minister, -senatorinnen und -senatoren (GFMK) ist der Auffassung, dass eine Erhöhung des Frauenanteils in den ehrenamtlichen und hauptamtlichen Führungspositionen der Industrie- und Handelskammern sowie der Handwerkskammern dringend geboten ist.“

Diese Position veröffentlichte die Konferenz am 5. September 2013. Beim Thema Gleichstellung hat sich in den Kammern seitdem sehr wenig getan, wie die Recherchen des bffk zu diesem Kammerbericht belegen.

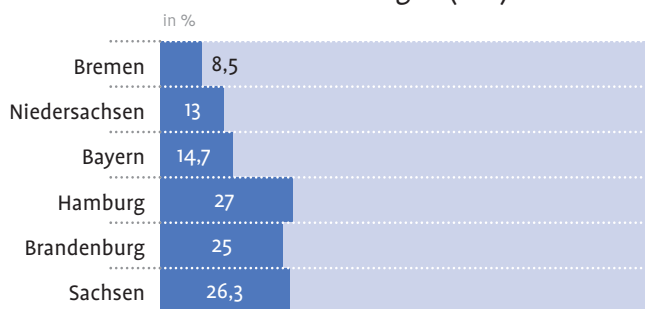
Sieben Präsidentinnen gibt es in Deutschlands 79 Industrie- und Handelskammern, lediglich 19,2 Prozent (in Zahlen: 130) der bundesweit 677 Mitglieder von Präsidien der Industrie- und Handelskammern sind Frauen. Noch überschaubarer steht es um die Präsenz von Frauen in den Vollversammlungen: Sie liegt bei 17,6 Prozent.

Positiv fallen die IHKn Stuttgart, Südthüringen und Darmstadt auf. Stellt sich auch in diesen IHKn die Quote der Frauen in den Vollversammlungen eher niedrig dar (Darmstadt = 21 Prozent; Stuttgart = 13 Prozent; Südthüringen = 28 Prozent), sind deren Präsidien dennoch zu gleichen Teilen mit Frauen und Männern besetzt.

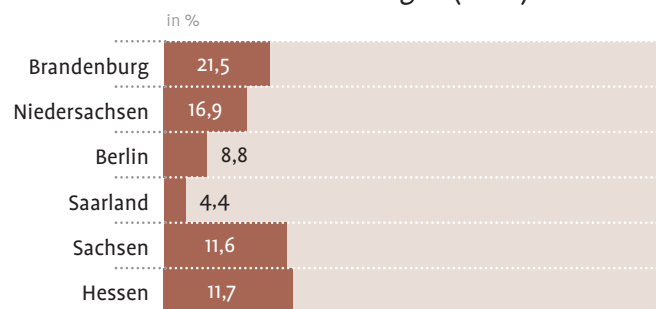
Dass dies nur drei von 79 IHKn gelungen ist, zeigt den enormen Handlungsbedarf. Dieser drückt sich auch darin aus, dass es mit Coburg, Flensburg, Hanau, Hochrhein-Bodensee, Oldenburg, Osnabrück, Niederbayern, Nordschwarzwald, Siegen, Ulm zehn IHKn gibt, in denen keine einzige Frau Präsidiumsmitglied ist.

Bezug nehmend auf das Zitat der GFMK stellt sich die Lage in den Handwerkskammern noch dramatischer dar. Lediglich 10 Prozent der Vorstandsmitglieder (55 von 548) sind Frauen. Gerade einmal zwei Präsidentinnen gibt es in den 53 HWKn. Der geringe Anteil von Frauen spiegelt sich auch in den Vollversammlungen der Handwerkskammern (knapp 14 Prozent) wider.

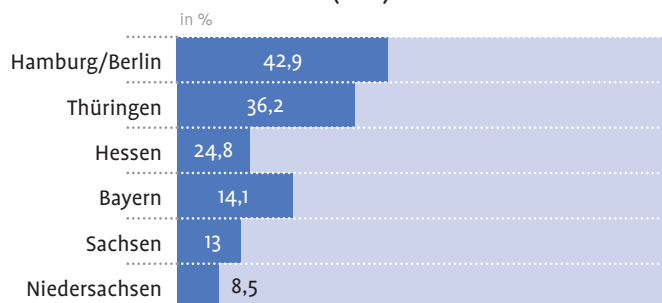
Durchschnittlicher Anteil von Frauen in Vollversammlungen (IHK)



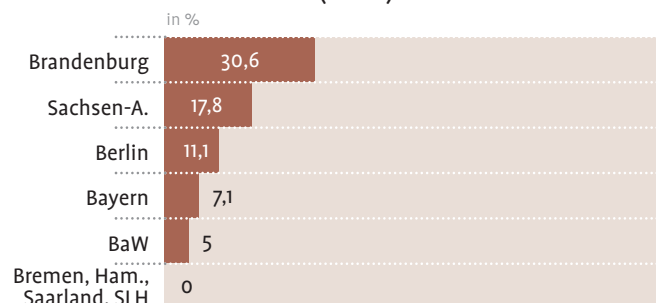
Durchschnittlicher Anteil von Frauen in Vollversammlungen (HWK)



Durchschnittlicher Anteil von Frauen in Präsidien (IHK)



Durchschnittlicher Anteil von Frauen in Präsidien (HWK)



Aktuelle Rechtsprechung



Zwei juristische „Paukenschläge“ lieferten in den vergangenen zwölf Monaten zwei Urteile des Bundesverwaltungsgerichtes: zur Rücklagenbildung in den Kammern (Urteil vom 9. Dezember 2016 – 10 C 6.15) und der Beschluss zur berechtigten Forderung eines IHK-Mitgliedes auf Austritt „seiner“ IHK aus dem Dachverband DIHK (Urteil vom 23. März 2016 – 10 C 4.15).

Seriöse Umsetzung der Urteile zur Rücklagenbildung mangelhaft

Der Streit um die Vermögensbildung in den Kammern hat das Bundesverwaltungsgericht bereits im Jahr 1990 beschäftigt. Neue Dynamik erhielt die Debatte mit den Recherchen des bffk, die 2009 begannen und die mit der Betrachtung vieler weiterer Aspekte zur jährlichen Veröffentlichung eines bffk-Kammerberichts führten.

Die darin festgestellte, immense Vermögensbildung schlug öffentlich hohe Wellen und beschäftigte in der Folge erneut die Verwaltungsgerichte. Ein Urteil des VG Koblenz aus dem Jahr 2013 attestierte der IHK Koblenz eine rechtswidrige Vermögensbildung und führte schließlich zu dem Grundsatzurteil des Bundesverwaltungsgerichtes, das die Zulässigkeit einer gerichtlichen Kontrolle der Haushaltsführung bestätigt und die Rücklagenbildung nur mit der Einschränkung einer nachvollziehbar angemessenen Dotierung erlaubt. Mittlerweile sind bundesweit gut 300 entsprechende Folgeverfahren anhängig. Weitere Verfahren konnten im Jahr 2016 vor dem VG Hamburg und dem VG Köln zumindest erstinstanzlich erfolgreich abgeschlossen werden, weil die beklagten Bescheide aufgehoben wurden.

Der Leitsatz des Bundesverwaltungsgerichtes, wonach eine Rücklagenbildung zwar grundsätzlich zulässig ist, sich der Höhe nach aber an sachlich nachvollziehbaren Kriterien unter „Beachtung des Gebotes der Schätzgenauigkeit“ orientieren muss, stellt die Kammern vor erhebliche Schwierigkeiten, da sie über viele Jahre ohne ausreichende Rechtfertigung immense Rücklagen gebildet haben.

In den Verfahren zeigt sich, dass es an einer seriösen Umsetzung dieser rechtsverbindlichen Vorgabe in nahezu allen Kammerbezirken fehlt. Viele Kammern aber verteidigen – teilweise völlig willkürlich – ihre Pfründe (siehe hierzu auch Seite 7).

Mitunter beschäftigen sie dabei Anwaltskanzleien zu beachtlichen Honoraren. Beispielsweise gestand die Handelskammer Hamburg jüngst ein, innerhalb von zwei Jahren rund 190.000 Euro an Kosten für Streitverfahren mit Mitgliedern aufgewandt zu haben.

Grenzüberschreitungen bei der Öffentlichkeitsarbeit

Zum Austrittsanspruch einer IHK aus dem Dachverband: Grundlage für einen solchen Anspruch ist nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes eine nachgewiesene Überschreitung des Zulässigen bei der Öffentlichkeitsarbeit der Kammern bzw. ihres Dachverbandes (DIHK). Es steht den Kammern qua Gesetz nicht zu, allgemeinpolitische Äußerungen und Standpunkte zu verbreiten. Dass sich insbesondere der DIHK, der als Dachverband an die selben Regeln gebunden ist, nicht an diese Beschränkungen hält, war im Verfahren unstrittig.

Von einem „Sündenregister des DIHK“ sprach der Vorsitzende Richter. Auch das VG Hamburg hat im September 2016 klare Grenzen bei der Öffentlichkeitsarbeit betont. In diesem Fall ging es um allgemeinpolitische Äußerungen des Kammerpräsidenten (u.a. zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr) im Rahmen einer Neujahrsrede. Auch bei diesem Thema ist zu beobachten, dass die Kammern mitunter höchst freigiebig teure Anwaltskanzleien beschäftigen, weil sie diese Regeln nicht akzeptieren wollen.

Widersprüchlich bis absurd: das Verhalten der Kammern

Viele der noch anhängigen Folgeverfahren, in denen Kammermitglieder unter Bezug auf das Grundsatzurteil des Bundesverwaltungsgerichtes die Zahlung der Kammerbeiträge vermeiden wollen, sind noch nicht entschieden. Neben wenigen erfreulichen Entwicklungen gibt es deutliche Anzeichen, dass sich die Kammern einer konsequenten Anwendung von Recht und Gesetz mit allen möglichen Tricks entziehen wollen. Dabei können sie sich durchweg auf eine tatenlose Rechtsaufsicht in den Wirtschaftsministerien verlassen.

Das Ziel dieser Strategie ist offenkundig: Für die Kammern gilt es, jede Form größerer Öffentlichkeit zu vermeiden, damit nur die im Verhältnis zu hunderttausenden von Beitragszahlern geringe Zahl der Widersprüche „ruhig gestellt“ werden muss.

Zu den erfreulichen Entwicklungen gehören

- der Beschluss der IHK Berlin insgesamt 13 Millionen Euro an überhöhten Rücklagen aus dem Jahr 2012 an die Beitragszahler auszuschütten
- der Beschluss der IHK Ostbrandenburg nachträglich die Beiträge für 2012 und 2013 zu senken, was für beide Jahre zusammen zu einer Entlastung von ca. 1,5 Millionen Euro für alle Mitglieder führte
- der rückwirkende Beschluss der IHK Cottbus zu einer Beitragssenkung für das Jahr 2016 (Entlastung ca. 2 Millionen).

Die nachfolgende Übersicht zeigt einen Auszug aus den vorliegenden teils sehr widersprüchlichen bis absurden Reaktionen der Kammern auf Widersprüche und Klagen.

Kammerbezirk	Beitragsjahr	Widerspruch	Klage	Reaktion
IHK Cottbus	2011 ,2012 ,2013	X		Verzicht auf Beitrag (ohne Widerspruchsbescheid)
IHK Lippe zu Detmold	2016		X	Aufhebung des Bescheides nach Klageerhebung („der Anspruch auf Aufhebung des Bescheides wird anerkannt“)
IHK Arnsberg / Fall 1	2011, 2012		X	Aufhebung des Bescheides nach Klageerhebung
IHK Arnsberg / Fall 2	2014		X	Verfahren läuft
IHK Wiesbaden	2016	X		Aufhebung des Bescheides nach Widerspruch
IHK Köln / Fall 1	2015		X	mit Urteil Klage erfolgreich
IHK Köln / Fäll 2 + 3	2015		X	per Gerichtsbescheid Klage erfolgreich
IHK Trier	2016	X		Aufhebung des Bescheides nach Widerspruch
HWK Frankfurt	2009, 2010	X	X	Aufhebung der Bescheide nach Klageerhebung
IHK Pfalz	2012, 2013	X		Aufhebung des Bescheides nach Widerspruch
IHK Koblenz / Fall 1	2016	X		Aufhebung des Bescheides nach Widerspruch
IHK Koblenz / Fall 2	2014, 2016	X	X	Aufhebung des Bescheides nach Klageerhebung
IHK Koblenz / Fall 3	2013, 2015	X	X	Aufhebung des Bescheides nach Klageerhebung
IHK Koblenz / Fall 4	2016	X	X	Aufhebung des Bescheides nach Klageerhebung
IHK Koblenz / Fälle 5 + 6	2013, 2014, 2016	X		Beitragsbescheid nach knapp ca. 8 Monaten ohne Begründung aufgehoben
IHK Koblenz / Fälle 7 – 9	2013, 2014, 2016	X		keine Widerspruchsbescheide nach z.T. über 8 Monaten
HK Hamburg	2010, 2012, 2013	X		mit Urteil Klage erfolgreich
IHK Ostwürttemberg	2013	X		mit Urteil (2. Instanz) Klage erfolgreich
IHK Kassel / Fälle 1 – 5	2014, 2015, 2016	X		keine Widerspruchsbescheide nach z.T. über 7 Monaten

IHK-Vermögen noch immer deutlich zu hoch

Erste Erfolge zeichnen sich in diesem Jahr ab: die Summe des gesamten Eigenkapitals der Kammern ist in 2014 um ca. 46,5 Mio € kleiner als im Vorjahr. Dennoch ist diese Summe mit knapp über zwei Milliarden Euro für alle IHKn noch immer maßlos überhöht.

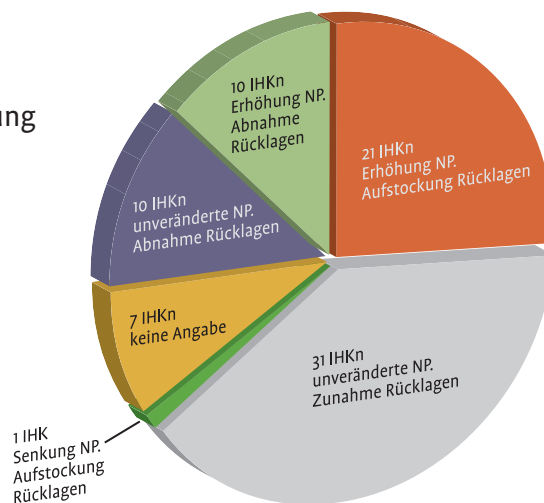
Die ersten Daten für 2015 (für 28 IHKn) lassen hier allerdings auf die längst überfällige Trendwende hoffen.

Das langjährig bewährte bffk-Hochrechnungsverfahren (die kürzlich vom IHK-Dachverband veröffentlichten IST-Zahlen bestätigen diese Hochrechnungen erneut) deutet auf einen Rückgang der Rücklagen der IHKn in 2015 um ca. 200 Mio hin.

Anmerkung zur Umbuchung

Die Grafik zeigt, dass immer noch viele Kammern nach Lücken suchen, um gehortetes Vermögen trickreich umzubuchen, anstatt es an die Mitglieder auszuschießen.

Rücklagenentwicklung 2009-2014

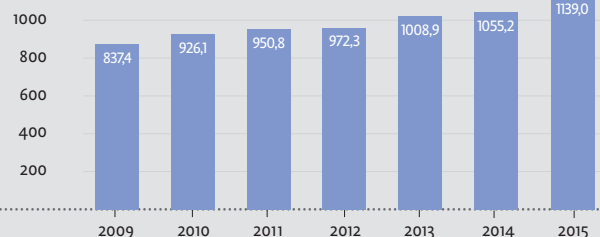


Entwicklung der Pensionsrückstellungen der IHKn 2009–2015*

Hochrechnung der Daten für 80 IHKn

in Mio Euro

2009: Grundlage: Daten von 79 IHKn
 2010: Grundlage: Daten von 79 IHKn
 2011: Grundlage: Daten von 80 IHKn
 2012: Grundlage: Daten von 79 IHKn
 2013: Grundlage: Daten von 79 IHKn
 2014: Grundlage: Daten von 79 IHKn
 2015: Hochrechnung bffk = Ist IHK-Transparent

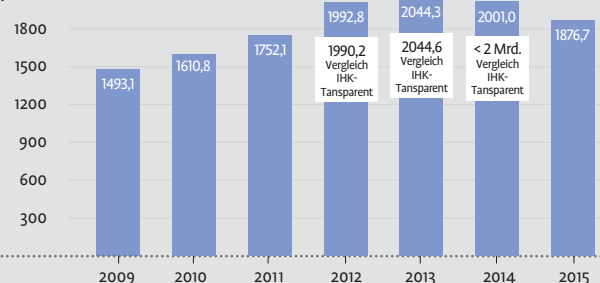


Entwicklung der Gesamt-Rücklagen (inkl. EK) der IHKn 2009–2015

Hochrechnung (bzw. Angabe) der Daten für 80 IHKn

in Mio Euro

2009: Rücklagen von 76 IHKn + EK von 77 IHKn
 2010: Rücklagen von 79 IHKn + EK von 77 IHKn
 2011: Rücklagen von 79 IHKn + EK von 78 IHKn
 2012: Rücklagen von 80 IHKn
 2013: Rücklagen von 80 IHKn
 2014: Rücklagen von 80 IHKn
 2015: Rücklagen + EK von 28 IHKn + Jahresergebnis von 27 IHKn + EK gesamt von 1 IHK

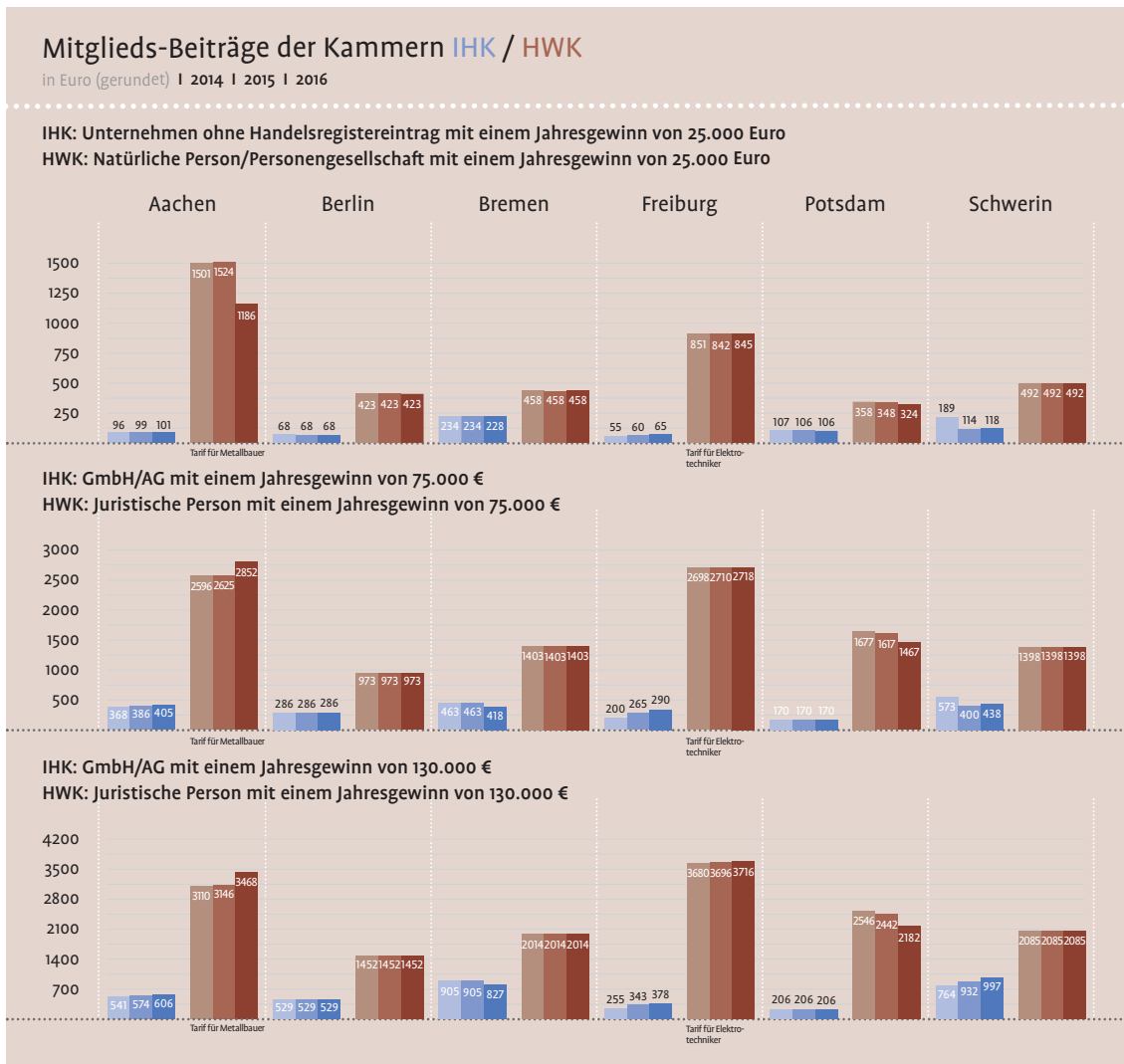


Anmerkungen zur Rücklagenveränderung

Im Vergleich zum Kammerbericht 2015 haben sich die Daten zum Teil verändert, da neue Angaben der IHKn aufgenommen wurden.

*In den IHKn Augsburg, Bayreuth, Bonn, Bremen, Cottbus, Detmold, Essen, Halle, Hannover, Köln, Krefeld, Offenbach, Oldenburg, Osnabrück sind Pensionsverpflichtungen an externe Unternehmen ausgelagert. Dort entsprechen die Werte also nicht den gesamten Rückstellungen.

Beitragsentwicklung/Beitragsvergleich

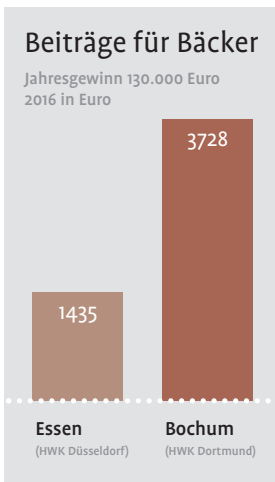


Im dritten Jahr veröffentlicht der bffk den Beitragsvergleich für alle deutschen IHK- und HWK-Bezirke. Geändert hat sich an den ungleichen Beitragserhebungen seither wenig. Nach wie vor erinnert die Vielfalt an den Flickenteppich fürstlicher Zölle aus längst vergangener Zeit. Und nach wie vor sind die Logiken, die hinter den Berechnungen der Beitragserhebungen stecken, nicht nachvollziehbar:

Die HWK Freiburg beispielsweise nimmt bei der Berechnung des Ausbildungsbeitrags Bezug auf den gezahlten Beitrag des Vorjahres. Die IHK Potsdam verlangt von einem Unternehmen ohne Handelsregistereintrag mit 50.000 € Jahresgewinn 13 € mehr als von einem Unternehmen mit Handelsregistereintrag und 75.000 € Jahresgewinn.

In der Handwerkskammer Schwaben müssen Handwerker nur für die ersten 100.000 € Jahresgewinn einen Zusatzbeitrag in Form einer prozentualen Umlage bezahlen. Darüber hinaus gehende Umsätze werden nicht veranschlagt. Im Verhältnis zum Ertrag führt diese Praxis bei kleinen Handwerksbetrieben zu einer erheblichen Mehrbelastung, vergleicht man die Zahlen mit meist deutlich ertragsstärkeren Großbetrieben. Diese von vielen HWK angewandte Praxis hat die HWK Koblenz auf Anregung des bffk nun endlich beendet.

Bereits für das Jahr 2015 stellte der bffk extrem hohe Beiträge der HWK Dortmund für Bäcker fest. 2016 bat die HWK die Mitglieder dieser Berufsgruppe noch stärker zur Kasse.



Handwerkskammern

Planung 2016

	Einnahmen geplant	Ausgaben geplant	Saldo geplant	Eigenkapital/ Nettoposition 2014 (t)	Ausgleichs- Rücklage 2014	Betriebsmittel- rücklage/ Liquidationsrücklage	Andere Rücklagen 2014 (t)	Rücklagen gesamt
	(€)	(€)	(€)	(€)	(€)	(€)	(€)	(€)
Aachen	22.800.000	22.800.000	0	0	3.500.000	2.100.000	3.400.000	9.000.000
Arnsberg/Südwestfalen	19.526.300	19.526.300	0	0	1.450.000	1.450.000	2.376.000	5.276.000
Augsburg/Schwaben	49.353.000	49.353.000	0	0	0	8.960.544	3.999.456	12.960.000
Aurich/Ostfriesland	6.350.000	6.350.000	0	2.536.160	2.685.828	0	150.000	2.835.828
Bayreuth/Oberfranken	33.670.373	33.670.373	0	0	0	1.858.968	129.233	1.988.201
Berlin	k.A.	k.A.	k.A.	0	0	5.832.000	4.968.000	10.800.000
Ostwestfalen-Lippe zu Bielefeld	26.594.000	26.594.000	0	0	4.300.000	2.900.000	7.243.573	14.443.573
Braunschweig-Lüneburg-Stade	44.525.000	44.525.000	0	0	2.301.130	2.433.622	15.325	4.750.077
Bremen	4.521.000	4.439.700	81.300	4.330.414	0	0	891.140	891.140
Chemnitz	k.A.	k.A.	k.A.	0	0	8.974.365	6.032.935	15.007.300
Cottbus	12.548.500	12.548.500	0	0	k.A.	2.838.000	5.496.000	8.333.806
Dortmund	31.733.010	31.733.010	0	0	6.621.102	3.027.808	2.417.834	12.066.744
Dresden	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Düsseldorf	45.956.100	45.956.100	0	0	9.381.471	4.220.587	9.728.050	23.330.108
Erfurt	16.847.070	16.847.070	0	0	2.760.000	1.440.000	7.800.000	12.000.000
Frankfurt a. M.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	4.409.216	1.560.216	4.390.568	10.360.000
Frankfurt/Oder Region Ostbrandenburg	11.838.000	11.838.000	0	0	1.494.822	2.568.439	5.989.339	10.052.600
Flensburg	13.043.400	13.043.400	0	0	1.328.246	919.066	1.584.612	3.831.925
Freiburg/Breisgau (2)	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	0	6.236.000	5.253.000	11.489.000
Gera/Ostthüringen	k.A.	k.A.	k.A.	0	924.000	900.900	1.288.000	2.800.000
Hildesheim-Südniedersachsen	13.336.357	13.655.508	-319.151	0	1.217.471	1.249.601	4.236.334	6.703.406
Hamburg	29.995.700	30.783.200	-787.500	7.927.031	0	0	0	0
Hannover	26.016.200	26.016.200	0	0	1.280.000	1.760.000	3.749.080	6.789.080
Heilbronn-Franken (2)	10.125.000	10.307.000	-182.000	12.214.592	0	6.949.142	0	6.949.142
Halle (Saale)(2)	15.510.820	16.181.780	-670.960	3.912.294	3.912.294	k.A.	19.494.789	23.407.083
Kaiserslautern - Pfalz	19.984.250	19.984.250	0	0	0	k.A.	6.279.100	6.279.100
Karlsruhe (1)(2)	19.355.000	19.252.000	103.000	k.A.	k.A.	4.493.000	7.657.000	12.150.000
Kassel	k.A.	k.A.	k.A.	0	1.660.000	2.390.000	3.250.000	7.300.000
Koblenz	31.339.000	31.339.000	0	0	k.A.	k.A.	k.A.	27.580.484
Köln	30.935.000	32.135.000	1.200.000	0	3.600.000	1.100.000	4.300.000	9.000.000
Konstanz	15.637.260	15.490.009	147.251	8.424.000	0	4.290.000	0	4.290.000
Leipzig	15.871.800	15.973.800	-102.000	k.A.	k.A.	3.749.450	9.145.000	15.500.000
Lübeck	38.391.900	38.391.900	0	0	5.361.934	0	10.012.450	15.374.384
Magdeburg	9.478.600	11.337.000	-1.858.400	17.494.867	1.100.000	2.800.000	4.911.541	8.811.541
Mainz - Rheinhessen	10.009.400	10.289.600	-280.200	k.A.	1.155.000	1.000.000	2.414.027	4.569.027
Mannheim - Rhein-Neckar-Odenwald	13.364.700	13.620.565	-255.865	k.A.	k.A.	0	5.230.691	5.230.691
München und Oberbayern	61.527.000	61.527.000	0	0	6.177.700	6.177.700	25.544.600	37.900.000
Münster	35.475.000	35.475.000	0	0	10.358.774	5.179.387	8.414.824	28.500.000
Neubrandenburg / Rostock	8.404.200	13.473.600	-5.069.400	0	4.291.749	3.512.830	7.817.242	15.621.821
Nürnberg/Mittelfranken	31.790.000	31.790.000	0	0	0	3.738.890	5.161.110	8.900.000
Oldenburg	15.539.300	15.539.300	0	0	1.060.000	1.590.000	1.117.559	3.767.559
Osnabrück-Emsland	16.243.400	16.205.000	38.400	k.A.	5.395.655	500.000	0	5.895.655
Passau / Niederbayern, Oberpfalz	60.772.000	60.772.000	0	0	k.A.	k.A.	k.A.	15.881.000
Potsdam	16.928.000	16.928.000	0	k.A.	2.352.459	k.A.	14.713.241	17.957.700
Reutlingen (2)	13.260.000	13.250.000	10.000	4.530.178	0	k.A.	k.A.	13.214.789
Saarland	18.709.000	18.709.000	0	0	5.608.960	400.640	4.006.400	10.016.000
Schwerin	noch nicht genehmigt (5.8.2016)			k.A.	0	3.578.600	4.174.000	7.752.600
Region Stuttgart (2)	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	0	1.787.600	0	1.787.600
Suhl / Südthüringen	9.857.800	9.857.800	0	0	4.560.000	420.000	1.020.000	6.000.000
Trier (3)	12.109.155	12.109.155	0	k.A.	3.649.000	1.938.000	6.813.000	12.400.000
Ulm (2)	k.A.	k.A.	k.A.	15.317.860	0	7.757.973	1.986.017	9.743.990
Wiesbaden	k.A.	k.A.	k.A.	0	1.347.500	5.145.000	5.757.500	12.250.000
Würzburg/Unterfranken	32.278.000	32.278.000	0	0	k.A.	k.A.	k.A.	8.800.000

Berufsständische Kammern

Ist 2014

	Einnahmen (€)	Ausgaben (€)	Saldo (€)	Rücklagen zum 31.12.2014 (€)	Eigenkapital gesamt zum 31.12.2014 (€)
2Arbeiterkammer Bremen	17.540.000	17.000.000	540.000	3.428.000	3.428.000
Arbeitskammer des Saarlandes	15.686.241	17.301.285	-1.615.045	3.745.526	3.745.526
Architektenkammer Baden-Württemberg	6.270.947	5.860.872	410.074	3.350.412	3.811.615
Architektenkammer Berlin	2.453.917	2.372.804	81.114	0	1.061.926
Brandenburgische Architektenkammer	515.611	489.485	26.126	37.320	265.222
Architektenkammer Hamburg	1.876.362	1.742.111	134.251	371.518	1.327.518
Architektenkammer Mecklenburg-Vorpommern	454.420	392.042	62.378	516.440	516.440
Architektenkammer Nordrhein-Westfalen (2)	7.209.833	7.043.121	166.712	340.000	3.984.337
Architektenkammer Rheinland-Pfalz	2.300.900	2.187.600	113.300	906.800	1.985.600
Architekten- und Ingenieurkammer Schleswig-Holstein	1.165.854	1.188.809	-22.955	k.A.	564.030
Bayerische Ingenieurkammer-Bau	2.949.000	2.949.000	0	k.A.	k.A.
Hamburgische Ingenieurkammer-Bau	286.268	289.456	-3.188	17.325	254.707
Ingenieurkammer Mecklenburg-Vorpommern	533.580	578.018	-44.438	775.314	805.674
Ingenieurkammer Niedersachsen	1.094.929	890.366	204.563	2.235.000	2.235.000
Ingenieurkammer-Bau Nordrhein-Westfalen	3.282.000	3.234.600	47.400	1.944.300	1.944.300
Ingenieurkammer Sachsen-Anhalt	744.556	722.966	21.590	407.852	662.073
Ingenieurkammer Thüringen	604.503	682.219	-77.716	497.015	990.654
Landwirtschaftskammer Hamburg	1.467.812	1.467.448	364	0	847.589
Landwirtschaftskammer NRW	174.171.643	174.809.204	-637.561	0	0
Landwirtschaftskammer des Saarlandes	k.A.	k.A.	-83.000	k.A.	k.A.
Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein	37.149.514	37.800.892	-651.377	0	-1.639.736
Bundeslotsenkammer (1)	797.084	771.726	25.358	0	0

Bilanz 2014

Anmerkungen

Pensionsrückstellungen oder Rücklagen für Pensionen 2014	sonstige Rückstellungen 2014 (1)	Rückstellungen gesamt	Ergebnis	Eigenkapital gesamt	
(€)	(€)	(€)	(€)	(€)	
900.000	k. A.	k. A.	700.000	9.700.000	Falls keine Bilanz vorlag, aber eine Einnahmen-Ausgabenrechnung, wurde der Saldo unter „Ergebnis“ eingetragen
750.000	k.A.	k.A.	330.482	5.606.482	
k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	12.960.000	
1.259.451	560.152	1.819.603	192.218	5.564.206	
k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	1.988.201	(1) Unklar, aus welchem Jahr genau die Angaben zu den Rücklagen stammen
k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	10.800.000	
1.000.000	0	0	10.987.422	14.443.573	
1.700.749			1.501.853	4.750.077	(2) doppelte Buchführung
667.320	123.433	790.753	356.740	5.578.295	
k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	15.007.300	(3) In 2014 wechselte die HWK Trier zur doppelten Haushaltsführung
0	0	0	-273.490	8.333.806	
2.632.031	0	2.632.031	3.121.270	15.188.014	
k.A.	k.A.	k.A.	2.196.504	k. A.	
4.416.981	0	4.416.981	821.261	23.330.108	
0	0	0	-812.870	12.000.000	
k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	10.360.000	
0	0	0	0	10.052.600	
622.416	k. A.	k. A.	232.546	3.831.925	
k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	11.489.000	
k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	2.800.000	
510.676	0	510.676	18.843	6.703.406	
17.763.187	5.701.774	23.464.961	-525.334	7.401.697	
0	k.A.	k.A.	1.433.408	6.789.080	
k. A.	k. A.	1.360.609	832.668	19.163.734	
749.888	1.960.492	2.710.380	-2.558.435	24.760.942	
k. A.	k. A.	5.192.300	477.939	8.212.463	
k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	12.150.000	
1.310.000	k. A.	k. A.	k. A.	7.300.000	
2.762.858	k.A.	k.A.	-1.600.000	24.660.000	
3.800.000	0	3.800.000	1.994.563	10.994.563	
k. A.	k. A.	830.000	872.000	12.714.000	
k.A.	k.A.	k.A.	115.200	15.500.000	
267.650	0	267.650	-20.301	15.374.419	
747.007	269.938	1.016.945	-293.000	26.013.408	
k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	4.569.027	
k. A.	k. A.	172.185	615.568	10.056.149	
k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	37.900.000	
4.533.876	0	4.533.876	2.636.209	31.136.209	
0	4.000.000	4.000.000	-1.006.564	15.621.821	
0	k.A.	k.A.	k.A.	8.900.000	
k.A.	k.A.	k.A.	0	3.767.559	
0	k.A.	k.A.	-49.718	5.895.655	
k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	15.881.000	
892.000	k.A.	k.A.	0	17.957.700	
k. A.	k. A.	112.788	1.609.719	17.744.967	
k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	10.016.000	
k.A.	1.006.000	1.006.000	151.300	7.752.600	
k.A.	k.A.	k.A.	-676.100	1.787.600	
0	0	0	7.467	6.000.000	
k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	12.400.000	
k.A.	k.A.	1.524.192	-687.256	25.061.850	
k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	12.250.000	
k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	8.800.000	

Berufsständische Kammern

Ist 2014

	Einnahmen (€)	Ausgaben (€)	Saldo (€)	Rücklagen zum 31.12.2014 (€)	Eigenkapital gesamt zum 31.12.2014 (€)
Lotsenbrüderschaft Elbe (1)	767.000	712.500	54.500	0	0
Lotsenbrüderschaft Emden	296.172	296.171	1	0	0
*nur Verwaltungskosten, die von den Lotsgeldern abgezogen werden					
Lotsenbrüderschaft Nord-Ostsee-Kanal I (1)	599.602	597.343	2.260	0	0
Lotsenbrüderschaft Nord-Ostsee-Kanal II, Kiel, Lübeck, Flensburg (1)	546.357	545.746	610	0	0
Lotsenbrüderschaft Weser I (1)	121.017	158.364	-37.347	0	0
Lotsenbrüderschaft Weser II / Jade (1)	798.402	666.500	131.902	0	0
Lotsenbrüderschaft Wismar, Rostock, Stralsund (1)	130.221	130.221	0	0	0
Hafenlotsengesellschaft Bremerhaven (1)	1.022.352	1.022.352	0	0	0
Hafenlotsenbrüderschaft Hamburg (1)	269.690	237.289	32.401	0	0
Bundesnotarkammer	3.768.550	4.605.546	-836.996	25.654	754.369
Notarkammer Berlin	1.466.580	1.421.213	45.367	0	1.095.102
Notarkammer Brandenburg (1)	527.750	490.760	36.990	0	0
Bremer Notarkammer	328.976	316.938	12.038	0	345.874
Hamburgische Notarkammer	1.369.410	1.414.601	-45.191	0	0
Notarkammer Mecklenburg-Vorpommern (1)	295.391	294.381	1.011	0	0
Rheinische Notarkammer	7.655.598	6.200.297	1.455.301	0	10.383.094
Notarkammer Sachsen-Anhalt (1)	340.228	337.555	2.673	0	0
Notarkammer Schleswig-Holstein	1.106.990	1.058.393	48.597	752.980	752.980
Notarkammer Thüringen (1)	367.068	356.448	10.621	0	0
Westfälische Notarkammer	2.964.666	2.974.934	-10.268	3.411.798	3.447.449
Bundesrechtsanwaltskammer (3)	6.334.752	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.

	Einnahmen (€)	Ausgaben (€)	Saldo (€)	Rücklagen zum 31.12.2014 (€)	Eigenkapital gesamt zum 31.12.2014 (€)
Rechtsanwaltskammer beim Bundesgerichtshof	83.352	81.407	1.945	0	86.504
Rechtsanwaltskammer Berlin	3.908.444	3.674.739	233.706	2.426.236	7.467.132
Rechtsanwaltskammer Brandenburg	799.207	809.859	-10.652	299.895	576.810
Rechtsanwaltskammer Braunschweig	961.201	702.196	259.005	k. A.	k. A.
Hanseatische Rechtsanwaltskammer Bremen	533.637	520.901	12.736	0	719.052
Rechtsanwaltskammer Celle	k. A.	180.000	-17.000	k. A.	2.065.987
Rechtsanwaltskammer Düsseldorf	3.835.594	3.685.308	150.286	k. A.	4.967.891
Hanseatische Rechtsanwaltskammer Hamburg	2.069.885	2.286.745	-216.861	k. A.	1.320.925
Rechtsanwaltskammer Hamm	3.586.900	3.829.894	-242.994	2.181.620	2.181.620
Rechtsanwaltskammer Frankfurt am Main	5.070.435	4.352.459	717.976	4.712.044	4.712.044
Rechtsanwaltskammer Karlsruhe	936.784	1.010.939	-74.155	857.092	1.802.507
Rechtsanwaltskammer Kassel	610.077	533.762	76.315	k. A.	k. A.
Rechtsanwaltskammer Köln	3.526.404	3.637.075	-110.671	1.973.902	3.384.217
Rechtsanwaltskammer Mecklenburg-Vorpommern	606.682	570.684	35.998	0	429.966
Rechtsanwaltskammer München	5.615.276	6.789.489	-1.174.213	0	13.368.564
Rechtsanwaltskammer Nürnberg	1.432.245	1.392.915	39.331	1.470.727	1.470.727
Rechtsanwaltskammer Sachsen	1.650.355	1.597.138	53.217	k. A.	1.437.304
Rechtsanwaltskammer Sachsen-Anhalt	596.650	560.786	35.864	653.008	k. A.
Rechtsanwaltskammer Schleswig-Holstein	1.681.814	1.408.201	273.613	1.002.167	1.071.704
Rechtsanwaltskammer Thüringen	585.780	558.521	27.259	0	470.383
Rechtsanwaltskammer Tübingen	568.609	527.621	40.988	485.313	485.313
Bundessteuerberaterkammer	4.500.000	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.
Steuerberaterkammer Berlin	2.059.746	1.978.821	80.925	0	2.369.510
Steuerberaterkammer Düsseldorf	3.450.850	3.394.488	56.362	71.000	1.383.113
Steuerberaterkammer Hamburg	1.539.732	1.710.023	-170.290	999.020	1.010.178
Steuerberaterkammer Köln	3.218.007	3.063.982	154.025	30.000	1.174.426
Steuerberaterkammer Niedersachsen	3.517.138	3.519.150	-2.012	k. A.	635.659
Steuerberaterkammer Rheinland-Pfalz	1.743.549	1.714.798	28.751	915.725	915.725
Steuerberaterkammer Westfalen-Lippe	3.616.724	3.460.832	155.892	4.740.000	7.203.473
Wirtschaftsprüferkammer	22.524.443	21.095.786	1.428.658	5.200.000	6.628.658
Landesapothekerammer Brandenburg	1.630.838	1.491.625	139.213	1.367.060	2.144.676
Apothekerammer Bremen	453.250	439.194	14.056	0	659.113
Apothekerammer Hamburg	1.292.455	1.178.479	113.976	101.582	960.490
Apothekerammer Mecklenburg-Vorpommern	1.179.719	1.114.949	64.770	1.614.804	3.164.838
Apothekerammer Nordrhein	5.940.580	5.940.580	0	428.075	10.036.478
Apothekerammer Schleswig-Holstein	2.399.120	2.170.686	228.434	1.845.603	1.845.603
Apothekerammer Westfalen-Lippe	5.633.000	5.632.429	571	10.885.054	k. A.
Landesärztekammer Baden-Württemberg	26.367.016	25.648.520	718.495	k. A.	k. A.
Bayerische Landesärztekammer	26.203.553	27.410.464	-1.206.911	640.000	19.072.108
Ärztekammer Berlin	13.300.000	12.200.000	1.100.000	15.600.000	15.600.000
Landesärztekammer Brandenburg	6.114.262	5.694.903	419.359	4.375.342	8.465.464
Ärztekammer Bremen	2.420.286	2.359.135	61.152	4.215.038	4.215.038
Ärztekammer Hamburg	9.292.731	9.319.942	-27.211	1.511.000	2.783.789
Landesärztekammer Hessen	22.005.449	22.675.352	-669.902	19.983.211	19.983.211
Ärztekammer Mecklenburg-Vorpommern	4.269.002	3.878.973	390.028		
Ärztekammer Niedersachsen	15.833.714	16.080.000	-246.286	21.942.684	21.942.684
Ärztekammer Nordrhein	31.810.119	31.331.298	478.821	12.333.794	14.021.176
Sächsische Landesärztekammer	11.801.237	11.244.882	556.355	k. A.	k. A.
Ärztekammer Schleswig-Holstein	10.946.000	10.425.000	521.000	4.072.000	6.572.000
Ärztekammer Thüringen	6.948.551	6.925.049	23.503	5.800.000	13.940.115
Ärztekammer Westfalen-Lippe	26.336.000	24.701.000	1.635.000	14.045.527	29.776.971
Ärztlicher Kreis- und Bezirksverband München	1.054.563	1.529.691	-475.128	ca. 1.500.000 €	ca. 1.500.000 €
Psychotherapeutenkammer Berlin	1.662.052	1.406.312	255.741	629.300	929.300
Psychotherapeutenkammer Bremen	193.167	205.053	-11.885	76.558	79.558
Psychotherapeutenkammer Hamburg (1)	805.929	789.165	16.764	0	384.461
Landeskammer für Psychologische Psychotherapeutinnen und -therapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und -therapeuten Hessen (4)	1.412.375	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.
Psychotherapeutenkammer Nordrhein-Westfalen	3.254.012	3.375.700	-121.688	1.821.516	1.821.516
Psychotherapeutenkammer des Saarlandes	229.000	226.000	3.000	117.460	k. A.
Psychotherapeutenkammer Schleswig-Holstein	430.642	405.676	24.965	513.961	513.961
Tierärztekammer Berlin	351.000	338.000	13.000	323.000	339.000
Landestierärztekammer Brandenburg	221.173	238.796	-17.623	101.647	150.401
Tierärztekammer Nordrhein	708.216	628.480	79.737	640.732	640.732
Tierärztekammer Schleswig-Holstein	441.993	438.043	3.950	299.841	299.841
Landestierärztekammer Thüringen	233.750	260.164	-26.414	185.000	206.393
Tierärztekammer Westfalen-Lippe	747.331	716.192	31.138	218.933	218.933
Zahnärztekammer Berlin	2.952.974	3.150.432	-197.457	k. A.	k. A.
Landeszahnärztekammer Brandenburg	2.231.008	1.994.956	236.052	1.420.031	1.420.031
Zahnärztekammer Bremen	1.499.550	1.665.550	-166.000	k. A.	329.868
Zahnärztekammer Nordrhein	10.991.132	11.451.635	-460.503	13.762.784	k. A.
Zahnärztekammer Sachsen-Anhalt	2.547.479	2.280.386	267.092	100.000	4.348.417
Zahnärztekammer Schleswig-Holstein	3.140.346	3.151.714	-11.369	53.657	1.699.846
Landeszahnärztekammer Thüringen	3.137.017	2.945.768	191.249	243.387	1.800.115
Zahnärztekammer Westfalen-Lippe	9.956.835	10.278.619	-321.784	3.299.110	6.598.220
Pflegekammer Niedersachsen					
Pflegekammer Schleswig-Holstein					

Erste Lesung Gesetzentwurf am 19.2.16
wird derzeit eingerichtet

Anmerkungen

- (1) Überschüsse werden in den Haushalt des nächsten Jahres übertragen
- (2) Berufsausübung ist auch ohne Kammermitgliedschaft möglich; allerdings ist die Führung der Berufsbezeichnungen „Architekt/in“, „Innenarchitekt/in“, „Landschaftsarchitekt/in“ und „Stadtplaner/in“ nur nach Zulassung durch die Kammer erlaubt
- (3) Mindestwert; Hochrechnung aus Angabe zu Beitrag pro Mitglied mal Mitgliederzahl
- (4) nur Einnahmen aus Beiträgen
- (5) Angabe Saldo entspricht den nicht verwendeten Mitteln aus 2014, die in den Haushalt 2015 eingestellt wurden

Für viele Berufständische Kammern fehlen nach wie vor die Angaben:

Bayerische Architektenkammer	Ärztlicher Bezirksverband Oberbayern	Ärztlicher Kreisverband Oberallgäu
Architektenkammer Bremen	Ärztlicher Bezirksverband Oberfranken	Ärztlicher Kreisverband Aschaffenburg
Architekten- und Stadtplanerkammer Hessen	Ärztlicher Bezirksverband Oberpfalz	Ärztlicher Kreisverband Main-Spessart
Architektenkammer Niedersachsen	Ärztlicher Bezirksverband Schwaben	Ärztlicher Kreisverband Bad Kissingen
Architektenkammer des Saarlandes	Ärztlicher Bezirksverband Unterfranken	Ärztlicher Kreisverband Schweinfurt
Architektenkammer Sachsen	Ärztlicher Kreisverband Ansbach	Ärztlicher Kreisverband Bad Neustadt
Architektenkammer Sachsen-Anhalt	Ärztlicher Kreisverband Erlangen	Ärztlicher Kreisverband Würzburg und Umgebung
Architektenkammer Thüringen	Ärztlicher Kreisverband Fürth	Landespsychotherapeutenkammer
Ingenieurkammer Baden-Württemberg	Ärztlicher Kreisverband Nürnberg	Baden-Württemberg
Baukammer Berlin	Ärztlicher Kreisverband Nürnberg Land / Lauf	Bayerische Landeskammer der Psychologischen
Brandenburgische Ingenieurkammer	Ärztlicher Kreisverband Neustadt a. d. Aisch / Bad Windsheim	Psychotherapeuten und der Kinder- und Jugendlichen- psychotherapeuten
Ingenieurkammer Bremen	Ärztlicher Kreisverband Nürnberg	Psychotherapeutenkammer Niedersachsen
Ingenieurkammer Hessen	Ärztlicher Kreisverband Südfranken	Ostdeutsche Psychotherapeutenkammer
Ingenieurkammer Rheinland-Pfalz	Ärztlicher Kreisverband Deggendorf-Regen	Landespsychotherapeutenkammer
Ingenieurkammer des Saarlandes	Ärztlicher Kreisverband Eichstätt	Rheinland-Pfalz
Ingenieurkammer Sachsen	Ärztlicher Kreisverband Kelheim	Landestierärztekammer Baden-Württemberg
Landwirtschaftskammer Bremen	Ärztlicher Kreisverband Landshut	Bayerische Landestierärztekammer
Landwirtschaftskammer Niedersachsen	Ärztlicher Kreisverband Passau	Tierärztekammer Bremen
Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz	Ärztlicher Kreisverband Rottal-Inn	Tierärztekammer Hamburg
Notarkammer Baden-Württemberg	Ärztlicher Kreisverband Straubing	Landestierärztekammer Hessen, Landestierärztekammer Mecklenburg-Vorpommern, Tierärztekammer Niedersachsen, Landestierärztekammer Rheinland-Pfalz
Landesnotarkammer Bayern	Ärztlicher Kreisverband Eichstätt	Tierärztekammer des Saarlandes
Notarkammer Braunschweig	Ärztlicher Kreisverband Ingolstadt	Sächsische Landestierärztekammer
Notarkammer Celle	Ärztlicher Kreisverband Neuburg-Schrobenhausen	Tierärztekammer Sachsen-Anhalt
Notarkammer Frankfurt a. M.	Ärztlicher Kreisverband Pfaffenhofen a. d. Ilm	Tierärztlicher Bezirksverband Oberbayern
Notarkammer Kassel	Ärztlicher Kreisverband Dachau	Tierärztlicher Bezirksverband Niederbayern
Notarkammer Koblenz	Ärztlicher Kreisverband Freising	Tierärztlicher Bezirksverband Oberfranken
Notarkammer Oldenburg	Ärztlicher Kreisverband Erding	Tierärztlicher Bezirksverband Mittelfranken
Notarkammer Pfalz	Ärztlicher Kreisverband Mühldorf am Inn,	Tierärztlicher Bezirksverband Unterfranken
Saarländische Notarkammer	Ärztlicher Kreisverband Altötting	Bezirkstierärztekammer Pfalz
Notarkammer Sachsen	Ärztlicher Kreisverband Fürstenfeldbruck	Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg
Rechtsanwaltskammer Bamberg	Ärztlicher Kreisverband Landsberg a. Lech	Bayerische Landes Zahnärztekammer
Rechtsanwaltskammer Freiburg	Ärztlicher Kreisverband Starnberg	Zahnärztekammer Hamburg
Rechtsanwaltskammer Koblenz	Ärztlicher Kreisverband Weilheim-Schongau	Landeszahnärztekammer Hessen
Rechtsanwaltskammer Oldenburg	Ärztlicher Kreisverband Garmisch-Partenkirchen	Zahnärztekammer Mecklenburg-Vorpommern (14)
Rechtsanwaltskammer Saarland	Ärztlicher Kreisverband BadTölz/Wolfratshausen	Zahnärztekammer Niedersachsen
Rechtsanwaltskammer Stuttgart	Ärztlicher Kreisverband BadTölz/Wolfratshausen	Landeszahnärztekammer Rheinland-Pfalz
Rechtsanwaltskammer Zweibrücken	Ärztlicher Kreisverband Ebersberg	Ärztekammer des Saarlandes – Abteilung Zahnärzte
Patentanwaltskammer	Ärztlicher Kreisverband Rosenheim	Sächsische Landes Zahnärztekammer
Steuerberaterkammer Brandenburg	Ärztlicher Kreisverband Traunstein	Zahnärztlicher Bezirksverband München
Steuerberaterkammer Bremen	Ärztlicher Kreisverband Berchtesgadener Land	Zahnärztlicher Bezirksverband Oberbayern
Steuerberaterkammer Hessen	Ärztlicher Kreisverband Bamberg, Ärztlicher Kreisverband Bayreuth	Zahnärztlicher Bezirksverband Schwaben
Steuerberaterkammer Mecklenburg-Vorpommern	Ärztlicher Kreisverband Coburg	Zahnärztlicher Bezirksverband Oberpfalz
Steuerberaterkammer München	Ärztlicher Kreisverband Forchheim	Zahnärztlicher Bezirksverband Niederbayern
Steuerberaterkammer Nordbaden	Ärztlicher Kreisverband Hof	Zahnärztlicher Bezirksverband Oberfranken
Steuerberaterkammer Nürnberg	Ärztlicher Kreisverband Kronach	Zahnärztlicher Bezirksverband Unterfranken
Steuerberaterkammer Saarland	Ärztlicher Kreisverband Kulmbach	Bezirks Zahnärztekammer Koblenz
Steuerberaterkammer Sachsen	Ärztlicher Kreisverband Lichtenfels	Bezirks Zahnärztekammer Rheinhessen
Steuerberaterkammer Sachsen-Anhalt	Ärztlicher Kreisverband Sechsamterland-Wunsiedel	Bezirks Zahnärztekammer Trier
Steuerberaterkammer Schleswig-Holstein	Ärztlicher Kreisverband Amberg-Sulzbach	Bezirks Zahnärztekammer Pfalz
Steuerberaterkammer Stuttgart	Ärztlicher Kreisverband Cha	Pflegekammer Rheinland-Pfalz
Steuerberaterkammer Südbaden	Ärztlicher Kreisverband Neumarkt/Opf	
Steuerberaterkammer Thüringen	Ärztlicher Kreisverband Regensburg	
Landesapothekerkammer Baden-Württemberg	Ärztlicher Kreisverband Schwandorf	
Bayerische Landesapothekerkammer	Ärztlicher Kreisverband Weiden-Neustadt a. d. Waldnaab-Tirschenreut	
Apothekerkammer Berlin	Ärztlicher Kreisverband Mittelschwaben	
Landesapothekerkammer Hessen	Ärztlicher Kreisverband Memmingen-Mindelheim	
Apothekerkammer Niedersachsen	Ärztlicher Kreisverband Kempten	
Landesapothekerkammer Rheinland-Pfalz	Ärztlicher Kreisverband Lindau	
Apothekerkammer des Saarlandes	Ärztlicher Kreisverband Nordschwaben	
Sächsische Landesapothekerkammer	Ärztlicher Kreisverband Augsburg	
Apothekerkammer Sachsen-Anhalt	Ärztlicher Kreisverband Ostallgäu	
Landesapothekerkammer Thüringe		
Ärztekammer Rheinland-Pfalz		
Bezirksärztekammer Koblenz		
Bezirksärztekammer Pfalz		
Bezirksärztekammer Rheinhessen		
Bezirksärztekammer Trier		
Ärztlicher Bezirksverband Mittelfranken		

